Eigenthum, Druck und Verlag von R. Graßmann.
Annahme von Inseraten Schulzenstraße 9 und Kirchplatz 3.
Redaktion und Expedition Kirchplatz 3.

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfg., mit Trägerlohn 70 Pfg., auf der Post vierteljährlich 2 Mk., mit Landbriefträgergeld 2 Mk. 50 Pfg.
Inserate die Petitzeile 15 Pfennige.

Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe. Freitag, den 25. Februar 1887. Nr. 93.

Wahlresultate.

Augsburg. (Berichtigung.) Biehl Z. gegen Brach natl. gewählt.

Hadersleben-Sonderburg. Wahl Johansens Däne sicher.

Wasserburg. Aichbichler Z. gewählt.

Passau. Diendorfer Z. für Septennat gewählt.

Landshut. Graf Preysing Z. gewählt.

Regensburg. v. Gruben Z. gewählt.

Forchheim. Petzoldt Z. gewählt.

Bamberg. Wenzel Z. gewählt.

Rothenburg a. T. Stöcker natl. gewählt.

Kitzingen. Graf Schönborn Z. gewählt.

Neustadt a. S. Reichert Z. gewählt.

Schweinfurt. Burger Z., nicht Brehm, gewählt.

Donauwörth. Wildegger Z. gewählt.

Danzig Landkreis. Stichwahl zwischen Gramatzki kons. und May Z.

Lippe-Detmold. Stichwahl zwischen Bürten dfrs. und v. Lengerke natl.

Liebenwerda-Torgau. v. Bredow kons. gewählt.

Pinneberg. Peters natl. gewählt.

Olpe-Meschede. Reichensperger Z. gewählt.

Kleve-Geldern. Dr. Perger Z. gewählt.

Kempen. Pfafferoth Z. gewählt.

Neuß-Grevenbroich. v. Dalwigk Z. gewählt.

Adenau-Cochem-Zell. v. Grand-Ry Z. gewählt.

In Moers-Rees ist nicht, wie gemeldet war, Baumann-Bislich, sondern der bisherige Vertreter Graf Hoensbroech wieder gewählt worden.

In Rudolstadt findet keine Stichwahl statt, sondern der bisherige „deutschfreisinnige" Vertreter Hoffmann ist mit sehr geringer Stimmenmehrheit wiedergewählt.

Preußischer Landtag.
Abgeordnetenhaus.

20. Sitzung vom 24. Februar.

Präsident v. Köller eröffnet die Sitzung um 11 Uhr.

Am Ministertische: Dr. v. Goßler, Dr. Lucius u. A.

Tagesordnung:

Fortsetzung der zweiten Berathung des Kultusetats.

Bei Kap. 123, Titel 18, Kunstgewerbemuseum, bittet

Abg. Seyffardt (Magdeburg, natl.), das Kunstgewerbemuseum dem großen Publikum mehr als bisher zugänglich zu machen. Jetzt sei das Museum, abgesehen vom Sonntag, nur an zwei Wochentagen frei geöffnet. Redner hofft es noch zu erleben, daß alle Museen auch an Sonntag Nachmittagen dem Publikum offen bleiben und so zur Veredelung der Vergnügungen des Arbeiters beitragen.

Minister Dr. v. Goßler: Die Anomalie, daß im Kunstgewerbemuseum bisher noch an einzelnen Tagen Eintrittsgeld erhoben wird, rührt noch aus der Zeit her, da das Museum Privatanstalt war, und hat bisher noch nicht gehoben werden können, so sehr ich anerkenne, wie wünschenswerth das wäre. Die Offenhaltung des Kunstgewerbemuseums an Sonntag Nachmittagen hat seine Schwierigkeiten, da den Beamten die Sonntagsruhe gewahrt bleiben muß und daher eine Anzahl neuer Beamten eingestellt werden müßte. Wir haben auch erwogen, ob nicht die Museen an einigen Abenden der Woche für das Publikum geöffnet bleiben können; aber auch dies würde die Anstellung neuer Beamten erfordern, was bisher an den finanziellen Schwierigkeiten gescheitert ist. Uebrigens haben wir zu unserem Bedauern konstatirt, daß der Besuch des Kunstgewerbe-Museums in der letzten Zeit nachgelassen hat; wir hoffen aber, daß jetzt nach Eröffnung des neben jenem liegenden Museums für Völkerkunde das Publikum sich wieder dorthin gewöhnen wird.

Der Titel wird bewilligt.

Im Kap. 124, Tit. 5, werden zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen aller Bekenntnisse 3,255,612 M. gefordert. Von diesen Fonds sind 2 Mill. Mark dazu bestimmt, das Jahreseinkommen der bereits 5 Jahre im Amte befindlichen Geistlichen in evangelischen Pfarren auf 2400 M. und in katholischen Pfarren auf 1800 M. zu erhöhen. Der etwaige Ueberrest dieser 2 Millionen Mark ist zu Zulagen für Geistliche mit einem Einkommen unter 3000 M. zu verwenden.

Abg. v. Quast (kons.) wünscht, daß vom nächsten Jahre ab im Interesse der evangelischen Geistlichen die Grenzsumme von 3000 M. auf 3600 M. erhöht werde.

Der Titel wird bewilligt.

Der Rest der dauernden Ausgaben wird ohne Debatte bewilligt.

Zu den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben, Tit. 68 (zur Pflege und Weiterentwickelung der Photogrammetrie) wünscht

Abg. Berger diese Position ins Ordinarium übertragen zu sehen. Es handele sich hier um ein vorläufig provisorisches, staatliches Institut, welches die Pflege der Photogrammetrie zur Aufgabe habe. Diese Kunst sei aber für das ganze Bauwesen von der größten Bedeutung und namentlich für die Aufnahme von Kunstdenkmälern und die Restauration derselben von außerordentlicher Wichtigkeit. Die Photogrammetrie müsse daher dauernd gefördert werden und es müßten daher erheblichere Mittel, als die geforderten 15,000 M. ausgesetzt werden.

Minister Dr. v. Goßler ist dem Vorredner für seine Ausführungen dankbar. Die Versetzung der Position in das Ordinarium habe sich bisher nicht ermöglichen lassen. Es handele sich bei dem photogrammetrischen Institut zur Zeit vorzüglich darum, geeignete Leute heranzubilden und die erforderlichen Instrumente zu beschaffen. Das erste Instrument, welches einem eimzelnen Menschen die photogrammetrische Aufnahme ermögliche, sei kürzlich fertiggestellt worden und jetzt in der Kampagna in Thätigkeit. Auch eine Anzahl hervorragender und wichtiger heimischer Baudenkmäler sei bereits aufgenommen worden.

Der Titel wird bewilligt, ebenso ohne Diskussion der Rest des Etats. Es folgt die zweite Berathung des Gesetzes, betr. das Verfahren und das Kostenwesen bei der Güterkonsolidation im Regierungsbezirk Wiesbaden.

§ 1—20 werden ohne Debatte in der von der Kommission vorgeschlagenen Fassung angenommen.

Zu § 21 beantragt die Kommission die Uebertragung aus einem Zutheilungsbezirk in einen anderen von der Zustimmung des Konsolidationsvorstandes abhängig zu machen. Dazu liegt ein Antrag vor, durch Streichung der letzteren Bestimmung den § 21 nach der Regierungsvorlage wieder herzustellen.

Nach kurzer Debatte wird § 21 in der Fassung der Kommission angenommen, obgleich Minister der Landwirthschaft Dr. Lucius um Ablehnung des Kommissionsantrages gebeten hatte. Derselbe sei in der Kommission nur mit einer Stimme Majorität angenommen worden und wolle eine unberechtigte Eigenthümlichkeit des nassauischen Gebietes konserviren, während die Konsolidationsvorstände nicht sachverständig, sondern meist voreingenommen seien.

Der Rest der Vorlage wird angenommen, ebenso folgende von der Kommission beantragte Resolution:

Die königliche Staatsregierung dringend zu ersuchen, die auf die Güterkonsolidation im ehemaligen Herzogthum Nassau bezüglichen Bestimmungen der mit landesherrlicher Genehmigung erlassenen Verordnung des herzoglich nassauischen Staatsministeriums vom 12. September 1829 und die dazu ergangenen abändernden und ergänzenden Vorschriften einschließlich des vorliegenden Entwurfs und der zur Einführung etwa erforderlichen besonderen Bestimmungen alsbald auch im Kreise Biedenkopf zur Einführung zu bringen.

Die Generaldiskussion über die folgenden drei Punkte der Tagesordnung, nämlich Gesetzentwurf über das Verfahren bei Vertheilung von Immobiliarpreisen im Geltungsbereich des rheinischen Rechts, Gesetzentwurf betreffend das Theilungsverfahren und den gerichtlichen Verkauf von Immobilien im Geltungsbereich des rheinischen Rechts und betreffend Ergänzungen des Ausführungsgesetzes vom 24. April 1878 zum deutschen Gerichtsverfassungsgesetz wird verbunden.

Abg. Dr. Reichensperger (Zentr.) erklärt die Gesetzentwürfe im Ganzen für annehmbar, zumal die in Elsaß-Lothringen eingeführten ähnlichen Bestimmungen sich bewährt hätten. Zu billigen sei es, daß für das Vertheilungsverfahren die Mitwirkung der Rechtsanwälte nicht mehr nothwendig sein solle und das Verfahren beim Verkauf von Immobilien dem beim Mobilienverkauf üblichen angenähert werde.

Abg. Dr. v. Cuny beantragt, die Gesetzentwürfe an dieselbe Kommission zu verweisen, welche mit der Vorberathung seines kürzlich gestellten Initiativantrages beauftragt worden ist.

Das Haus beschließt demgemäß.

Der Gesetzentwurf, betr. die durch ein Auseinandersetzungs-Verfahren begründeten gemeinschaftlichen Angelegenheiten wird ohne Debatte in erster Berathung erledigt. Die zweite Lesung wird im Plenum stattfinden.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Freitag 1 Uhr.

Tagesordnung: Vorlage betr. die Theilung von Kreisen in den Provinzen Posen und Westpreußen; Kreis- und Provinzialordnung für die Rheinprovinz. — Die zweite Lesung des Etats soll am Sonnabend beendet werden.

Schluß 1¼ Uhr.

Deutschland.

Berlin, 24. Februar. Von den 397 Reichstags-Wahlbezirken liegen aus 373 Meldungen vor, so daß solche nur noch aus 24 derselben fehlen. In 58 Wahlkreisen haben Stichwahlen zu erfolgen, während in den 315, welche die Wahlen entschieden haben, sich, verglichen mit dem Wahl-Resultat von 1884, bisher ergeben hat:

1884		1887
77	Konservative	74
28	Reichspartei	31
51	Nationalliberale	84
156	Zusammen	189
67	„Deutschfreisinn"	14
24	Sozialdemokraten	5
99	Ultramontane	76
11	Welfen	2
16	Polen	14
8	Volkspartei	0
1	Dänen	0
15	Protestler	15
241	Zusammen	126

— Se. königl. Hoheit der Großherzog von Baden telegraphirte an den Führer der Nationalliberalen, Eckhard, in Mannheim auf die Anzeige des dortigen, den Reichstreuen günstigen Wahlresultates: „Sie haben mit Recht vorausgesetzt, daß ich mich darüber freuen werde. Dankbar begrüße ich diese Erfolge treuer und fester nationaler Gesinnung."

— Die Neubildung des italienischen Ministeriums ist noch in letzter Stunde auf ernsthafte Schwierigkeiten gestoßen. Der bisherige Konseil-Präsident Depretis hat laut telegraphischer Mittheilung aus Rom das Mandat, dieses neue Kabinet zu bilden, zurückgegeben, indem er die Schwierigkeiten, das Kabinet zu ergänzen, sowie die Kammermehrheit zu erhalten und zu verstärken, als Grund bezeichnete. König Humbert hat hierauf mit dem Präsidenten der Deputirten kon-

Feuilleton.

Der Fastnachtsball im königlichen Schlosse

war diesmal besonders glänzend. Im Weißen Saale hatte sich nach 9 Uhr vor der Thron-Estrade jener weite Kreis gebildet, in welchem jeder der hier versammelten Gäste genau die Stellung weiß, die ihm zukommt. Zunächst am Thron standen die Fürstinnen des Landes, die nächste am Thron die Prinzessin Heinrich XIX. Reuß. Neben ihr stand die Fürstin Hatzfeld-Trachenberg. Von den Gemahlinnen der Botschafter sah man Gräfin de Launay, Lady Malet, ferner Gräfin Schuwalow und Madame Herbette. Neben diesen Damen bemerkte man auch die Gemahlin des englischen Oberst Talbot. Unter den Gesandtinnen erregte besonders Frau Ynoni Aufmerksamkeit. In der Zahl der Botschafter fehlte Graf Szechenyi; an der Spitze derselben sah man den Grafen Herbert Bismarck. An die auswärtigen Vertreter reihte sich der inländischen Damen vollster Blüthenkranz bis an den Eingang zur Bildergallerie, wo die Minister, der Wirkliche Geheime Kabinetsrath von Wilmowski, die Generale, unter ihnen der schneidige Reitergeneral von Bredow in der Uniform der altmärkischen Ulanen, und die Fürsten Aufstellung genommen hatten. Während dem hatte sich der Zug der höchsten und hohen Herrschaften aus dem Kurfürstenzimmer in Bewegung gesetzt. Die Kaiserin war aus dem Marinesalon getreten und erwartete in den geöffneten Flügelthüren den Zug, dem sie sodann zur Begrüßung entgegenging. Die hohe Frau trug eine prachtvolle meergrüne Atlasrobe mit kostbarer Goldstickerei und reicher Blumengarnirung, auf der Brust den Stern zum Schwarzen Adlerorden in Brillanten, ein strahlendes Diadem von wunderbarer Schönheit, sowie einen äußerst reichen Schmuck von Rubinen und Brillanten. Nach der Begrüßung mit den Familienmitgliedern ging die Kaiserin allein in die Bildergallerie, begrüßte hier von den obersten Hofchargen den Grafen Stolberg-Wernigerode, den Fürsten zu Salm und den Fürsten Hatzfeldt, reichte dann dem Kronprinzen den Arm, der seine erlauchte Mutter in die Mitte der Bildergallerie geleitete, zu dem für dieselbe von duftenden Gewächsen umgebenen Sitz, wo die Kaiserin inmitten ihres Hofstaates bis zum Beginne des Soupers verweilte und mit den Botschafterinnen, den Damen des diplomatischen Korps und den Fürstinnen konversirte. Obwohl der Kaiser noch Mittags die Absicht ausgesprochen hatte, auf dem Ballfeste zu erscheinen, hatte er doch dem Rathe seiner Aerzte nachgegeben und die Repräsentationspflichten dem Kronprinzen übertragen. In der Hofgala-Uniform der Pasewalker Kürassiere betrat derselbe den Weißen Saal, seine Gemahlin, die Frau Kronprinzessin führend. Am Arme des Prinzen Wilhelm folgte Prinzessin Friedrich Karl, weiter die Prinzen Alexander, der Erbprinz und die Prinzen Ferdinand und Friedrich von Hohenzollern, Herzog Emil Günther von Schleswig-Holstein und Prinz Friedrich von Meiningen. Von Prinzessinnen bemerkte man die Erbprinzessin Charlotte von Meiningen, Prinzessin Victoria und Prinzessin Friedrich von Hohenzollern. Sobald die Kronprinzessin ihren Cercle bei den Fürstinnen, den Botschafterinnen und den Damen des diplomatischen Korps beendet und sich unter dem Thron-Baldachin, neben sich zunächst Lady Malet, später die Herzogin von Sagan, niedergelassen hatte, schaarten sich die Paare zum Tanze, und unter den Klängen des Strauß'schen Walzers „An der schönen blauen Donau" wurde der letzte diesjährige Hofball eröffnet. Graf von Schwerin vom 1. Garde-Feld-Artillerie-Regiment und Lieutenant von Kleist vom 1. Garde-Regiment begannen den Tanz mit den Ehrendamen der Kaiserin, Komtesse Elisabeth Perponcher und Komtesse Nesselrode. Zum ersten Walzer hatte die Erbprinzessin Charlotte den Grafen Fritz Hohenau, die Prinzessin Victoria den Grafen Wilhelm Hohenau und Prinzessin Friedrich von Hohenzollern den österreichischen Militär-Bevollmächtigten Oberst-Lieutenant Frhrn. von Steininger befohlen. Um 11 Uhr sagte der Ober-Hof- und Hausmarschall Graf Perponcher das Souper an, das in fünf Festräumen eingenommen wurde. Wie in Berlin eine Fastnacht nicht ohne Punsch und Pfannkuchen gefeiert wird, so wird diese Tradition auch auf dem Schlosse eingehalten. Die Vortrefflichkeit des Punsches ist eine eben solche Tradition. Von Friedrich Wilhelm I. her lagert in den Schloßkellern noch alter Rheinwein, welcher zu diesem wahrhaften Königspunsch genommen wird.

ferirt, und es erscheint nicht mehr ausgeschlossen, daß die Unterhandlungen sich jetzt noch schwieriger gestalten als das erste Mal. Gerade unter den jetzigen Verhältnissen wäre es aber dringend geboten, daß die gegenwärtige Krisis ihren Abschluß erhielte. Die jüngsten durch die Erderschütterungen hervorgerufenen traurigen Vorgänge in Ober-Italien erfordern die thatkräftige Aktion der Regierung. Werden doch aus zahlreichen Städten und Ortschaften schwere Unglücksfälle gemeldet, bei denen Menschenleben zum Opfer fielen. So wurden in Savona bis jetzt 8 Todte und 16 Schwerverwundete, in Noli 15 Todte gefunden. Hierzu kommt, daß die Verbindungen mehrfach unterbrochen sind, da die Tunnel in Bezug auf ihre Sicherheit sorgfältig untersucht werden müssen. Auch die Vorgänge um Massowah machen, trotz der anscheinenden Verringerung der Gefahr für die italienischen Expeditions-Truppen die Neubildung des Ministeriums dringend nothwendig. Wie tapfer sich auch die italienischen Truppen geschlagen haben, sind doch neue Ueberraschungen keineswegs unmöglich, denen eine auf eine geschlossene Kammermehrheit gestützte starke Regierung durch angemessene Vorsichtsmaßregeln eher vorbeugen könnte, als dies während des gegenwärtigen provisorischen Zustandes geschehen kann.

— Der heutige Petersburger „Herold" sagt mit Bezug auf die jüngsten Petersburger Meldungen der „Polit. Korr." und des „Nord" betreffend eine eventuelle Stellungnahme Rußlands zu einem deutsch-französischen Konflikt, diese Meldungen rührten aus einer gemeinsamen Quelle her und beruhten auf Irrthum. Zwischen dem offiziellen Deutschland und dem offiziellen Rußland beständen die denkbar herzlichsten Beziehungen.

— Lord Salisbury scheint dem Plane staatlich organisirter Auswanderung, welcher von vielen hervorragenden Männern Englands als einziges Mittel zur Linderung der Arbeiternoth empfohlen wird, jetzt weniger schroff gegenüber zu stehen als früher. In einem Schreiben an Arnold White meint er jedoch, daß die Lokalbehörden erst einen Versuch mit dem Plane machen sollten, dann würde das Parlament eher zu Geldbewilligungen bereit sein.

„Fällt der Versuch gut aus", so schreibt der Minister, „wird das Unterhaus nicht viel danach fragen, wenn man ihm den Vorwurf des Sozialismus macht. Das Parlament kümmert sich nicht viel darum, von welcher Schule eine Maßregel kommt. Die Erleichterung der Vertheidigung des Reiches spricht wesentlich zu Gunsten der staatlichen Kolonisation, obgleich ich nicht glaube, daß dieser Grund beim Parlament viel Gewicht haben wird. Im innersten Herzen, fürchte ich, sind viele Parlamentsmitglieder dafür, Südafrika aufzugeben, sobald es wieder bedeutende Ausgaben zu kosten droht."

— Die spanischen Blätter veröffentlichten unlängst aus englischer Quelle Nachrichten, in denen Frankreich der Eroberungsgelüste in Bezug auf Marokko beschuldigt wurde. Der spanische Minister des Auswärtigen, Moret, hat nun in den Kortes in dieser Hinsicht einigermaßen beruhigende Erklärungen abgegeben. Freilich zeigte sich bei dieser Gelegenheit von neuem, wie empfindlich die Spanier gerade in Bezug auf Marokko sind. Dem „Journal des Debats" wird von seinem Madrider Korrespondenten nachstehende angebliche Aeußerung eines ehemaligen spanischen Ministers berichtet: „Unzweifelhaft sehen wir mit Bedauern die Fortschritte, welche Deutschland und England in Marokko zum Nachtheile unseres Einflusses und unserer Interessen machen. Die Aktion dieser Mächte wird jedoch mehr zu einem kommerziellen als zu einem politischen Zwecke geleitet, während Frankreich, nachdem es ein großes afrikanisches Reich gebildet hat, wie wir stets befürchten, sich versucht fühlen könnte, die Grenzen Algeriens auszudehnen."

— Die eine Zeit lang viel genannte sogenannte polnische Rettungsbank, die Bank Ziemski, hat beschlossen, das Grundkapital von 50,000 M., mit welchem sie vor Kurzem ins Leben trat, um den Betrag von 2,950,000 M. zu erhöhen, zu diesem Behufe 2950 neue Aktien zu je 1000 M. auszugeben und das erhöhte Grundkapital bis zum 1. Oktober 1889 aufzubringen. Erfolgte die Gründung der sogenannten Rettungsbank schon unter dem Eingeständnisse des polnischen Großgrundbesitzes, daß er nicht im Stande sei, für seine Erhaltung Opfer zu bringen, so werden die oben mitgetheilten Beschlüsse den ersten kläglichen Eindruck nicht verscheuchen. Es ist gradezu unverständlich, in welcher Weise die sog. Rettungsbank ihre Ziele verfolgen will, wenn sie das mehr als bescheidene Grundkapital von 3 Millionen Mark nicht sofort aufbringen kann, sondern dazu einen Zeitraum von mehr als 2½ Jahren ins Auge fassen muß.

Darmstadt, 24. Februar. Nachdem gestern in dem Befinden des fieberkranken Fürsten Alexander von Bulgarien auf eine gute Nacht eine kleine Besserung eingetreten war und namentlich das Fieber nachgelassen hatte, mußten gestern die Aerzte den Ausbruch der Blattern konstatiren. Vermuthlich hat der Fürst den Keim der Krankheit aus Italien heimgebracht. Die behandelnden Aerzte Dr. Küchler-Darmstadt und Dr. Weil-Zwingenberg haben gestern die ganze Familie des Prinzen Alexander von Hessen geimpft.

Karlsruhe, 24. Februar. Felix Mottl ist vom Großherzog zum Direktor der Hofoper und der Hofkapelle ernannt.

Ausland.

Brüssel, 23. Februar. In der Gußstahlfabrik zu Marchiennes wurden heute 7 Arbeiter in Folge des Zerspringens eines 90,000 Kilogramm schweren Schwungrads getödtet und 35 schwer verwundet.

Paris, 24. Februar. In Nizza fand der erste Erdstoß gestern um 5 Uhr 55 Min. Morgens statt. Alles stürzte unbekleidet aus den Häusern. Der Stadtkommandeur General Jamais ließ sich an Bettlaken aus dem Fenster herunter. Masken vom letzten Balle, die noch nicht zu Bette gegangen waren, mischten sich unter die halbnackten Flüchtlinge und waren die Entsetztesten von Allen. Nachdem die beiden ersten Erschütterungen vorbei waren, ging man an die Rettung der unter den eingestürzten Häusern Begrabenen. Da erfolgte um 8 Uhr 30 Minuten der dritte Stoß und Gendarmen, Feuerwehrleute und freiwillige Helfer liefen, was sie laufen konnten. Der Sohn des amerikanischen Konsuls Hathway, am Kopfe durch einen Stein verwundet, ließ sich eben von Dr. Baretey verbinden; er lief wie ein Reh davon. Der Arzt stürzte ihm mit dem Verbandzeug nach, konnte jedoch seinen Patienten erst vor der Stadt einholen. Herzog Nemours und Prinzessin Blanche von Orleans schlugen im Garten ihrer Villa Graziella ein Zelt auf. Im Ganzen stürzten zwei Häuser vollständig und von etwa zehn das Dach oder ein Stockwerk ein. Die Fremden stürmten wahnwitzig nach den Bahnhöfen. Acht Sonderzüge mußten nach Paris abgelassen werden. 7000 Fremde reisten nach Paris, 4000 nach Italien ab. Die in den Zügen keinen Platz fanden, mietheten zu tollen Preisen alle möglichen Fuhrwerke, um nur fortzukommen. Die Militär-Behörde ließ an allen freien Plätzen Zelte aufschlagen; den furchtsamen Leute schien aber selbst dieses Obdach zu gefährlich und sie übernachteten in Droschken, Badekabinen und Omnibus. Für einen Wagen zum Uebernachten wurden ganz allgemein hundert Franken bezahlt. Bis heute haben 15,000 Fremde Nizza verlassen. Die Stadtbevölkerung ist über den Verdienstentgang verzweifelt.

Stettiner Nachrichten.

Stettin, 25. Februar. In der gestrigen Sitzung der Stadtverordneten wurde zunächst die Wahl eines unbesoldeten Stadtraths an Stelle des Stadtältesten Herrn Meier vorgenommen und erhielt von 53 abgegebenen Stimmen Herr Rentier Ambach 48 Stimmen, 3 Zettel waren unbeschrieben, je 1 Stimme erhielten die Herren Tietz und Dorschfeldt. Herr Rentier Ambach ist somit gewählt und nahm die Wahl dankend an. — Weiter ist die Amtsperiode der Stadträthe Herren Binsch, Koppen, Meister, Schinke, Schlutow und Döring am 1. Juli d. J. abgelaufen und eine Neuwahl nöthig, zur Vorbereitung derselben soll eine Kommission gewählt werden und schlägt das Büreau die Herren Kunz, Kurz, Meier, Tietz und Wächter als Mitglieder dieser Kommission vor. Sollte bis zur nächsten Sitzung kein Einspruch erfolgen, sind die Herren als gewählt zu betrachten.

Nach Veröffentlichung der Tagesordnung sind noch zwei Vorlagen, Wahlen betreffend, eingegangen, für welche die Dringlichkeit anerkannt wird. Zu dem am 11. März hierselbst tagenden Pommerschen Städtetage werden seitens der Versammlung die Herren Tietz und Rudolph als Delegirte gewählt. — Ferner werden 4 Mitglieder und deren Stellvertreter zur Militär-Ersatz-Kommission gewählt. — Vom Magistrat werden zwei Vorlagen zurückgezogen, die Vorlage betreffend Bewilligung von 3846 Mark zur Umwandlung des Bismarckplatzes in einen Schmuckplatz, und die Vorlage betreffend Genehmigung zu dem Verkauf der Baulichkeiten auf dem Grundstück Unterwiek Nr. 4 zum Abbruch für 600 Mark.

Bereits früher war der Vorschlag gemacht worden, die Verwaltung der Küche des Krankenhauses Diakonissinnen zu übergeben, doch mußte davon Abstand genommen werden, da passende Kräfte nicht beschafft werden konnten. Jetzt ist zwischen der Oberin des Mutterhauses zu Danzig und dem Magistrat ein Vertrag abgeschlossen worden, wonach von dem Mutterhause zwei Diakonissinnen zur Uebernahme der Verwaltung der Küche nach hier gesandt werden sollen und zwar unter denselben Bedingungen, als die bisher hier als Krankenpflegerinnen thätigen Diakonissinnen (eine jährliche Entschädigung von 200 Mark für jede Diakonissin und eine einmalige Reiseentschädigung von Danzig nach Stettin).

Ohne Debatte werden bewilligt: 4140 Mk. für die Abtretung einer 72 Qm. großen Straßenparzelle von dem Lefevre'schen Grundstück Oberwiek Nr. 81, 90 Mark für die Beheizung und 2 Mk. 10 Pf. für Röhrenreinigung der Turnhalle in der Pelzerstraße und 500 Mark für Beseitigung der Ansprüche der Hausbesitzer große Oderstraße 17—20 und Neuer Markt 2—3 auf den bei der sogen. Hack vorhandenen Kanal.

Nachdem der Nachtwachtmeister Schmidt verstorben ist, hat der Magistrat nicht die Absicht, einen Nachtwachtmeister, sondern einen Oberfeuermann neu anzustellen und beschließt die Versammlung auch demgemäß.

Gegen den am 16. September 1886 von der Versammlung genehmigten neuen Fluchtlinienplan der Unterwiek hatte einer der Adjazenten Widerspruch erhoben, der Provinzialrath der Provinz Pommern hat diesen Widerspruch jedoch in seiner Sitzung vom 8. Februar zurückgewiesen. Die Versammlung nimmt hiervon Kenntniß.

Die Versammlung hat bereits beschlossen, auf den Grundstücken Nr. 3—6 der Unterwiek eine öffentliche Bollwerkstraße anzulegen und die dadurch nöthig werdende Regulirung von Straßentheilen der Unterwiek vorzunehmen. Die Kosten hierfür sind auf 95,300 M. veranschlagt und werden von der Versammlung ohne Debatte bewilligt.

Von dem von uns bereits erwähnten Reskripte, durch welches den Leitern der Volks- und Bürgerschulen die Genehmigung ertheilt wird, den Rektortitel zu führen, wird Kenntniß genommen. — Zu Mitgliedern der 20. Armen-Kommission werden die Herren Tischlermeister Gleinow und Restaurateur Marlow und zum Mitgliede der 23. Armen-Kommission Herr Fabrikbesitzer Rich. Lengner gewählt, ferner werden 10 Sachverständige zum Zwecke der Abschätzung von Landlieferungen 2c. im Falle einer Mobilmachung gewählt. — Die 23. Armen-Kommission hat einen so ausgedehnten Bezirk, daß eine Theilung desselben dringend nöthig erscheint; der Magistrat schlägt eine solche und die Neubildung einer 31. Armen-Kommission vor und die Versammlung ertheilt hierzu ihre Zustimmung. Zum Vorsteher der neuen Kommission wird Herr Molkereibesitzer Lorenz, Deutschestraße 63, außerdem werden noch 5 Armenpfleger gewählt. An Bureaukosten für die neue Kommission werden 30 M. bewilligt.

Die übrigen Gegenstände der Tagesordnung waren ohne besonderes Interesse und wurden den Vorlagen gemäß erledigt.

— Wie wir hören, wird am Sonnabend, Abends 8 Uhr, eine große Wählerversammlung, namentlich auch für die hiesigen Arbeiter, auf dem „Bock" stattfinden.

Zur Wahlbewegung in Pommern.

Stettin, 25. Februar. Unter dem Wahlaufruf der hiesigen Deutschfreisinnigen befanden sich bekanntlich eine Anzahl Unterschriften von sehr zweifelhaftem Werth, da dieselben auf eine nicht sehr anerkennenswerthe Weise geworben resp. ohne Wissen der Personen unter den Aufruf gesetzt waren. Dagegen befanden sich auch eine große Anzahl unzweifelhaft echte Unterschriften darunter und hierzu gehörten auch die Namen einiger Stadträthe Stettins. Letztere haben nun mit Bezug hierauf von Herrn Regierungs-Präsidenten Wegner folgende Zuschrift erhalten:

„Der im Laufe dieses Monats wiederholt in der „Neuen Stettiner Zeitung", der „Ostsee-Zeitung" und dem „General-Anzeiger" abgedruckte Aufruf: „An die liberalen Wähler Stettins" trägt auch Ew. Wohlgeboren Namen nebst Amtscharakter. Da die Regierung in diesem Aufruf in unzweideutiger Weise verdächtigt wird, unter dem Deckmantel der Reichstags-Auflösung wegen Ablehnung der Militärvorlage volksfeindliche Pläne der verderblichsten Art im Schilde zu führen; da der Aufruf sich demnach als eine im hohem Maße regierungsfeindliche Agitation bezw. Demonstration charakterisirt, so haben Ew. Wohlgeboren durch Ihre Betheiligung daran die Pflichten Ihres Amtes verletzt. Auch als mittelbarer Staatsbeamter sind Sie der Regierung Achtung, Gehorsam und jeder Zeit ein loyales Verhalten schuldig, wie solches Ihrer amtseidlichen Verpflichtung entspricht. Nicht nur dieses aber, sondern auch das Vertrauen vieler Bewohner Stettins zu Ihnen muß beinträchtigt werden, wenn Sie in Verkennung Ihrer obrigkeitlichen Stellung öffentlich in Partei-Demonstrationen dieser Art Auftreten. Zu meinem lebhaften Bedauern sehe ich mich daher genöthigt, Ew. Wohlgeboren unter Hinweis auf die Paragraphen 2 und 15 des Gesetzes betreffend die Dienstvergehen der nichtrichterlichen Beamten (Gesetzsammlung S. 465), sowie § 20 l. des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883 (Gesetzsammlung S. 242), wegen Ihres dienstwidrigen Verhaltens eine Verwarnung zu ertheilen."

— In der Provinz Pommern ist den Konservativen ein Wahlkreis von den Deutschfreisinnigen abgenommen worden — der Fürstenthumer Kreis. Daselbst hat Herr Landgerichtsrath Hildebrandt (septennatsfreundlicher Deutschfreisinniger) nach den letzten Nachrichten 9221 Stimmen erhalten, während der konservative Kandidat, Herr Landrath v. Gerlach, mit 8970 Stimmen in der Minorität blieb. Dieser Sieg der Deutschfreisinnigen ist trotzdem eine Niederlage für Eugen Richter, denn derselbe hat, nur weil Herr Hildebrandt ein Septennatsfreund ist, in seiner „Freisinnigen Zeitung" die frohe Hoffnung ausgesprochen, daß derselbe durchfallen werde. Also ist wohl anzunehmen, daß der Partei—ver—führer Richter diesen Zuwachs der deutschfreisinnigen Partei im Reichstage ziemlich scheel ansehen wird, aber ferner ist wohl auch anzunehmen, daß sich Herr Hildebrandt auf keinen Fall in das Schlepptau Richter's nehmen läßt.

Wahlresultate aus Pommern.

Ueckermünde-Usedom-Wollin. Bisher abgegeben: Graf Rittberg kons. 6237, Dr. Dohrn natl. 817, v. Forckenbeck F. 698, Herbert S. 4 Stimmen. Wenige Ortschaften fehlen.

Theater, Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: Kleine Preise (Parquet 1 Mark 2c.). „Das neue Gebot." Schauspiel in 4 Akten.

Sonnabend. Stadttheater: Vorletztes Gastspiel des königl. bairischen Kammersängers Herrn Heinrich Vogl vom Hoftheater in München. „Tannhäuser." Große Oper in 3 Akten.

Schiffsbewegung.

(Postdampfschiffe der Hamburg-Amerikanischen Packetfahrt-Aktien-Gesellschaft.)

„Albingia", 14. Februar von St. Thomas nach Hamburg; „Rhaetia", 13. Februar von Hamburg nach Newyork, 15. Februar von Havre weiter; „Silesia", 17. Februar von St. Thomas nach Hamburg; „Rugia", 18. Februar von Newyork nach Hamburg; „California", 17. Februar von Hamburg nach Newyork, 19. Februar Dover passirt; „Bavaria", 28. Januar von St. Thomas, in Hamburg angekommen; „Moravia", 8. Februar von Newyork, 20. Februar in Hamburg angekommen; „Suevia", 20. Februar von Hamburg nach Newyork; „Holstein", 20. Februar von Hamburg nach Westindien; „Allemannia", 21. Februar von Hamburg nach Westindien; „Wieland", 11. Februar von Newyork nach Hamburg, 21. Februar Lizard passirt; „Slavonia", von Newyork kommend, 21. Februar in Stettin eingetroffen; „Sorrento", ab Hamburg, 17. Februar in Newyork angekommen; „Polynesia", ab Hamburg, 20. Februar in Newyork angekommen; „Gothia", ab Stettin, 21. Februar in Newyork angekommen; „Bohemia", ab Hamburg, 21. Februar in Newyork angekommen.

Der Postdampfer „Fulda", Kapt. R. Ringk, vom Norddeutschen Lloyd in Bremen, welcher am 12. Februar von Bremen abgegangen war, ist am 22. Februar wohlbehalten in Newyork angekommen.

Vermischte Nachrichten.

— Eine süße Reise des Schah von Persien, die derselbe demnächst durch seine Provinzen antreten soll, schildert die „Now. Wr." wie folgt: Die Kaufleute der Stadt Enseli schicken sich an, den Schah bei seinem Eintreffen in ihrer Stadt ganz besonders feierlich zu empfangen. Ein Theil der Straße, welche der Schah zu passiren hat, wird mit feinem Zucker bestreut sein, der den Schnee vertreten soll. Der Schah wird diese Zuckertour im Schlitten passiren. In der Stadt selbst wird aus Zuckerhüten — natürlich ohne Papier — ein Häuschen zusammengestellt, das Dach mit feinem Zucker bestreut und die Wände mit Ornamenten aus verschiedenfarbigem Zucker geschmückt. „So wenig wahrscheinlich das klingt" — schließt die „Now. Wr." — möglich ist es doch; denn in Enseli liegen zur Zeit fabelhafte Zuckermengen. Die ganze Fracht der Dampfer „Nana" und „Assian", die dem Kaufmann Aschurow gehören, bestand nur aus Zucker."

— (Schlau.) „Liebe Frau", sagte der Gutsbesitzer Born im Eintreten, „wir bekommen dieses Jahr beim Manöver: 1 Oberst, 1 Hauptmann und 2 Lieutenants!" — „O weh!" entgegnete die Dame, „da muß ich schnell eine General-Reinigung im ersten Stock vornehmen." — „Weshalb eine General-Reinigung?" rief der kleine Karl, „es kommt ja nur ein Oberst!"

Verantwortlicher Redakteur: W. Sievers in Stettin.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 24. Februar. Der ungarische Honvedminister richtete an sämmtliche Handelskammern einen Erlaß, worin er Auskunft verlangt, ob die verschiedenen Gewerbe vorbereitet sind, die Lieferung von Montur- und Ausrüstungs-Gegenständen zu übernehmen und bis zum Juni vollständig abzuschließen.

Wien, 24. Februar. Wie die „Wiener Zeitung" meldet, ist der österreichische General-Konsul Gsiller in Alexandrien mit der Leitung des General-Konsulates in Moskau betraut worden.

Rom, 24. Februar. Der deutsche Botschafter v. Keudell ist hier angekommen.

Rom, 24. Februar. Die „Opinione" glaubt, Depretis werde dem Könige Robilant als diejenige Persönlichkeit bezeichnen, welchem die Krone im Hinblick auf seine Autorität und weil er die Ministerkrisis durch seine Demission hervorgerufen habe, die Bildung eines neuen Kabinets anvertrauen könne.

Die „Opinione" faßt den Wahlausfall als einen Beweis für die Friedensliebe der deutschen Wähler auf.

Paris, 24. Februar. Nach einer Wiener Depesche des „Journal des Debats" würden die Jesuiten nach Deutschland, aber unter anderer Bezeichnung, zurückkehren.

Der Chefredakteur der „Revanche", Peyramant, welcher wegen des Vergehens gegen die Sicherheit des Landes verhaftet wurde, wird von Niemandem bedauert; die Majorität der Presse billigt sogar die Regierungsmaßregel.

Der Anarchist Duval, welcher bekanntlich zum Tode verurtheilt war, weil er Mord und Raub als erlaubt proklamirt hatte, wurde zur Deportation nach Kaledonien begnadigt.